



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.395.811

Wien, am 25. Juli 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Amesbauer, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Mai 2023 unter der Nr. **15190/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Medienwirksame Inszenierungsreise nach Dänemark 4.0“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Wie viel kostete Ihre gesamte Reise - möglichst detailliert gegliedert nach verschiedenen Kosten - Ende Mai 2023 nach Dänemark?*

Zum Stichtag der Anfrage wurden noch keine Kosten abgerechnet.

Zu den Fragen 2 bis 5:

2. *Welche Personen haben Sie aus Ihrem Kabinett begleitet?*
3. *Welche Personen aus dem Bundeskanzleramt begleiteten Sie bei dieser Reise?*
4. *Welche Medienvertreter aus Österreich begleiteten Sie bei dieser Reise?*
5. *Welche sonstigen externen Personen begleiteten Sie bei dieser Reise und in welcher Funktion?*

Bei der Reise wurde ich von zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern meines Kabinetts, zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern des Bundeskanzleramts, fünf Medienvertreterinnen und Medienvertretern sowie zwei Personen des Sicherheitspersonals begleitet.

Zu den Fragen 6 und 7:

6. *Welche konkreten Inspirationen konnten Sie bei dieser Reise mitnehmen, die in Österreich zeitnah umgesetzt werden können?*
7. *Haben Sie seit Ihrer Rückkehr aus Dänemark Maßnahmen, Schritte oder Gespräche unternommen, um ein ähnliches Sozialleistungsmodell auch in Österreich umsetzen zu können?*
 - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen, Schritte oder Gespräche haben Sie in diesem Zusammenhang konkret unternommen?*
 - b. *Wenn nein, handelte es sich bei diesem Besuch in Dänemark doch nur um eine mediale Inszenierung, die keine nachhaltigen Maßnahmen zur Folge haben, dass dänische oder ein ähnliches Modell in Österreich umzusetzen?*

Der Besuch in Dänemark und die Besichtigung des als „Parallelgesellschaft“ eingestuften Viertels Mjølnerparken in Kopenhagen sowie die diesbezüglichen Beratungen mit Expertinnen und Experten vor Ort waren ein wichtiger Schritt zum Austausch von Erfahrungen und guter Praxis.

Die Auseinandersetzung mit bedenklichen Tendenzen unter Teilen der zugewanderten Bevölkerung in Österreich hat vor diesem Hintergrund zum Ziel, bereits frühzeitig gegenzusteuern und die Entstehung von parallelgesellschaftlichen Strukturen zu verhindern. Dabei ist festzuhalten, dass die Themen Parallelgesellschaften und Segregation Querschnittsbereiche sind, dem sich auch die Integrationsarbeit, somit die Sektion II im Bundeskanzleramt, in der täglichen Arbeit laufend widmet. Es handelt sich allerdings in der Regel um ein lokales Problem, oftmals in Ballungsräumen. Daher müssen auch Bundesländer, Städte und Gemeinden desintegrative Tendenzen frühzeitig erkennen und aktiv werden. Bezüglich einer Umsetzung von Maßnahmen in Österreich bin ich laufend in Gesprächen mit den Expertinnen und Experten meines Ressorts.

Das Integrationsressort ist derzeit mit relevanten Verantwortlichen auf verschiedenen staatlichen Ebenen, Expertinnen und Experten aus dem Integrationsbereich und mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen wie der OECD im Austausch, wie die Verfestigung segregierter Strukturen in Österreich anhand von Indikatoren gemessen und auch verhindert werden kann.

Seitens des Integrationsressorts gibt es zudem derzeit einen Förderaufruf, der einen neuen Schwerpunkt auf die „Prävention von Extremismus und Segregation“ legt.

Darüber hinaus darf ich im themenspezifischen Kontext auf das „Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration“ mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus mehreren Ländern sowie Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland hinweisen. Im Rahmen dieser internationalen Austauschplattform wird ebenfalls über mögliche Maßnahmen gegen Segregation und Extremismus diskutiert sowie bestehende Beispiele guter Praxis ausgetauscht.

MMag. Dr. Susanne Raab